

## DIETER SCHLÖNVOIGT

# Konzeptionelle Überlegungen zu einer PDS-nahen politischen Bildung

Die folgenden Überlegungen basieren auf einem Grundsatzpapier der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Selbstverständnis politischer Bildung, das auch in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden soll. Ansichten und kritische Hinweise von außen sind uns wichtig. Denn das Nachdenken PDS-naher Stiftungen über eine Konzeption politischer Bildung fällt zusammen mit einer allgemeinen Debatte über die Zukunft politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Möglichkeiten, sich mit eigenen Beiträgen einzubringen, ist nicht nur gegeben, sondern ausdrücklich erwünscht.

### *Politische Bildung vor neuen Herausforderungen*

Politische Bildung gründet sich auf die Annahme, daß sozialer Wandel durch die Individuen mitgestaltet werden kann. Anderenfalls wäre jede politische Bildung prinzipiell nutzlos. Sie könnte bestenfalls zur Anpassung an äußere Anforderungen erziehen, vielleicht bei der Bewältigung sozialpsychologischer und innerpsychischer Probleme helfen, aber die Perspektive politischer Mitgestaltung durch autonom und reflektiert handelnde Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens wäre nicht gegeben.<sup>1</sup>

Im Unterschied etwa zur politischen Bildung an Schulen, beruht politische Erwachsenenbildung auf der Freiwilligkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie kommen aus Interesse, wenn sie kommen, dann tun sie dies bewußt und zielgerichtet. Erwachsene haben einen großen Teil ihrer Sozialisation bereits hinter sich und sind so gesehen kein »unbeschriebenes Blatt«. Außerdem lernen Erwachsene am ehesten das, was ihrem Selbstkonzept entspricht und was ihre bisherige Lebensdefinition stützt.<sup>2</sup> Oder anders ausgedrückt, Erwachsene sind in der Regel lernfähig, aber unbelehrbar. Deshalb ist politische Erwachsenenbildung immer in besonderem Maße teilnehmerorientiert, d.h. sie bezieht sich außergewöhnlich stark auf den Lernenden selbst. Die Tatsache, daß sich die Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung politisch verortet, hat außerdem zur Folge, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Parteilichkeit erwarten.

Aufgabe einer wissenschaftlichen Didaktik ist es, Fragen nach Zielen, Inhalten, Methoden, Medien der Bildungsarbeit bzw. den Lernbedingungen und Voraussetzungen der Adressaten zu beantworten. Verkürzt ausgedrückt geht es dabei um das Was, Warum, Wozu und Wie des Lernens. Während Wissenschaft das Nachdenken über Sachverhalte und deren Problematisierung beinhaltet, ist

Dieter Schlönvoigt –  
Jg. 1948, Dr. sc. phil.,  
Philosoph, Referent für  
politische Bildung an der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Wolfgang Beer:  
Politische Bildung im  
Epochenwechsel, München  
1998, S. 12.

2 Klaus-Peter Hufer:  
Heterogenität oder gemein-  
same Leitideen? Wo ist der  
Konsens in der außerschulischen  
politischen Bildung?,  
in: Siegfried Schiele,  
Herbert Schneider (Hrsg.):  
Reicht der Beutelsbacher  
Konsens? Schwalbach  
1996, S. 41.

Didaktik das Nachdenken über die Bedeutung von Sachverhalten und Problemen für Lernende und das Bewußtmachen der Bedeutung (Gagel).

Die großen Themen und Herausforderungen der politischen Bildung sind auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung: Demokratie und Demokratiegefährdung, die Zukunft der auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft bzw. der Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft, soziale Gerechtigkeit, das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, die Zukunft des Geschlechterverhältnisses, die Spaltungen in der Gesellschaft, die globalen Risiken. Hierfür sind Antworten in der Perspektive gesellschaftlicher Alternativen und Sozialismus zu finden.

Politik ist nichts, mit dem man sich an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit beschäftigt. Sie gehört zu den permanent präsenten, lebensbegleitenden und alltäglichen Umständen. Das hat weitreichende Konsequenzen für das Selbstverständnis politischer Bildung. Sie muß sich auf Menschen einstellen, die politisch interessiert sind, die heute über große Informationsmöglichkeiten verfügen und politisch mitbestimmen möchten. Das wollen sie, ohne ihr Leben als Funktionäre zu verbringen, ohne dauerhaftes Engagement in gesellschaftlichen Institutionen. Sie suchen weder weitere Informationen noch Belehrungsveranstaltungen. Was sie suchen, ist Orientierung im Informationsdschungel, die direkte Auseinandersetzung mit politischen Kontroversen, die Übersetzung großer politischer Konzepte auf ihre reale Lebenswelt, ist der Umgang mit Politik in den verschiedenen Lebensformen.

Wir stehen vor der Aufgabe, Formen und Verfahren des politischen Diskurses und der politischen Partizipation zu entwickeln, die diejenigen, die die bisherigen Formen gemeinschaftlichen Engagements zugunsten einer relativ absolut gesetzten individuellen Freiheit ablehnen, ebenso einzubeziehen vermögen wie diejenigen, die aufgrund sich zuspitzender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit Gefahr laufen, ausgegrenzt zu werden oder es schon sind. Eine politische Bildung, die konsequent und sozial parteilich an den subjektiven Lebenslagen des/der einzelnen ansetzt, kann zu den wenigen gesellschaftlichen Einrichtungen gehören, denen es gelingt, zwischen den unterschiedlichen genannten Gruppen und den unter zunehmendem Bedeutungs- und Akzeptanzverlust leidenden gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zu vermitteln, für alle Beteiligten glaub- und vertrauenswürdig nach neuen situationsadäquaten Formen und Wegen des demokratischen Aushandelns, des Diskurses und der Partizipation zu suchen und sie – exemplarisch – zu initiieren.

Eine der großen traditionellen Stärken der politischen Bildungsarbeit ist die authentische Kommunikation in Veranstaltungen, das miteinander Reden, das Gespräch mit Vertretern unterschiedlicher Positionen, die direkte Begegnung. Diese Stärke politischer Bildungsarbeit insbesondere auch gegenüber den audiovisuellen Medien neu zu bedenken und phantasievoll zu nutzen, ist eine der aktuellen Herausforderungen. Hierbei werden Tagungen, Kurse, Seminare, Vorträge und andere traditionelle Angebotsformen nicht ausreichen. Neue Angebots- und Interventionsformen politischer

Bildung müssen hinzukommen, auch wenn sie liebgewonnene Traditionen durchbrechen. Grenzverschiebungen sind in mehreren Richtungen absehbar:

eine Öffnung hin zu Formen konkreten politischen Handelns und politischer Aktion, sei es im Kontext aktiver sozialer Parteinahme für im politischen Willensbildungsprozeß marginalisierte oder ausgegrenzte Individuen und Gruppen sowie Themen, sei es im Kontext des gesellschaftlich-politischen Aushandelns;

die Einbeziehung von Methoden aus der Arbeit mit sozial Benachteiligten und die Organisation lokaler und regionaler politischer Kontexte und Diskurse;

die systematische Ausweitung der Interdisziplinarität politischer Bildung um den Bereich der Naturwissenschaften und der Technologieentwicklung;

die Internationalisierung der Arbeit in der Analyse von Begründungszusammenhängen und in der Perspektive der Strategieentwicklung ebenso wie in der Zielgruppenansprache und in kooperativen Arbeitsbeziehungen zwischen Einrichtungen und Trägern.

Wenn in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft den kulturellen Spezifika vielfältiger Milieukulturen eine zunehmende politische Prägestärke zukommt, so wird es für politische Bildung unumgänglich, diese Schnittmenge auch in die eigene Angebotspalette einzubeziehen.

Lernen soll den Menschen ermöglichen, eigene Wege zu gehen, als Subjekte mündig zu werden. Aber Lernen läßt sich nicht quasi ingenieurwissenschaftlich erzeugen. Der Lernende entscheidet selbst, was er oder sie wahrnimmt oder ignoriert, kurz gesagt, lernt. Lernen ist ein Prozeß, der nur von den Lernenden selbst realisiert werden kann. In der politischen Bildung nehmen die Lernenden ihre Sozialisation selbst in die Hand. Lehrende sind Experten für die Begleitung von Lernprozessen.<sup>3</sup> Ihre Fähigkeit sollte vor allem darin bestehen, bei den Lernenden Suchbewegungen, selbstverantwortetes Forschen bzw. die Eigenproduktion von Annahmen zu stimulieren mit dem Ziel, als Subjekte politisch urteils- und handlungsfähiger zu werden. Lehren ist zu verstehen als die phasenweise Ergänzung in Prozessen selbständigen Lernens. Die daraus abzuleitende Konsequenz ist: Handlungsorientierte Methoden sind für selbständiges Lernen besser geeignet als rezeptive, die Moderationsmethode besser als das fragend entwickelnde Unterrichtsgespräch.

Subjektorientierte Erwachsenenbildung lebt nicht davon, daß begnadete und hochgebildete Könner, Denker und Philosophen Orientierungen vermitteln, sondern daß die pädagogisch Verantwortlichen interessierte Erwachsene dazu anregen, im Erfahrungsaustausch und durch gemeinsames Suchen und Finden Orientierung so zustande kommen lassen, daß sie gemeinsam erarbeitet wird.<sup>4</sup> Stadtteillernen, das Lernen in Initiativen, das Lernen vor Ort, das historisch-biographische Lernen, das ganzheitliche Lernen sind dafür längst eingeführte und erprobte Verfahren. Sie orientieren sich an sinnlicher Erfahrung, an der Betroffenheit der Lernenden und der Verbindung von Umwelt und Gegenstand des Lernens. Aber was in der Lebenswelt erkundet wird, muß anschließend

3 Wolfgang Sander: Krise des Lehrens, Krise der Lehrer. Zur Rolle der Politiklehrer heute, in: kursiv, Heft 1, 1997, S. 12-17.

4 Erhard Meueler: Die Türen des Käfigs. Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, Stuttgart 1993, S. 93.

verarbeitet werden, auf das spezifisch Politische hin hinterfragt werden: wem dient es? Welche Interessen setzen sich durch? Wie verhält es sich zum Demokratiepостulat? Wie legitim sind die Verfahren? Wie sieht es um die öffentlichen Belange aus? So gesehen, behauptet sich auch moderne politische Bildung nur in ihrem fachwissenschaftlichen Bezug zur Politikwissenschaft und den Sozialwissenschaften, hat sie ihre ureigensten Fragen, Schlüsselbegriffe, Themen und Ziele.

Die derzeit womöglich sehr weitreichenden Veränderungen des gesellschaftlichen Gefüges bleiben nicht ohne Folgen für das Grundverständnis des Lehrens und Lernens. Groß sind die gegenwärtigen Möglichkeiten, auf Wissen, Tradition und Können weltweit zurückzugreifen und es auf vielfältige Weise neu zu verknüpfen und entsprechende »Wissensnetze« zu schaffen.<sup>5</sup> Die Menschen befreien sich aus ihrer Befangenheit aber auch aus ihrer Aufgehobenheit in verbindlich anerkannten Traditionen.<sup>6</sup> Sie werden für das was sie lernen wollen, zunehmend selbst verantwortlich gemacht. Das setzt Menschen voraus, die Lernen als Lebensform akzeptieren. Und von den Bildungsträgern wird ein didaktisches Grundverständnis gefordert, das Lernaufgaben und Lernprozesse als Konstruktionsprozesse anlegt. Das heißt, wo Lernende Gelegenheit erhalten, sich mit ihren schon vorhandenen Potentialen auf eine in der Lernsituation präsentierte Welt einzulassen. Dieses Lernen bewegt sich – bildlich gesprochen – an der Berührungsfäche von äußerer Welt und innerem individuellen Weltbearbeitungspotential und bringt etwas Neues hervor als Erfahrung, Einsicht, Klarheit, erfahrenen Irrtum, Lösung oder Sackgasse. Entsteht eine solche Konstruktion, wurde gelernt. Das steht überhaupt nicht im Gegensatz dazu, daß Lehrende bewährte Sichtweisen und Konzepte und als tauglich eingeschätzte Traditionselemente im Lösungsprozeß anbieten und einbringen. Es wäre ein großes Mißverständnis, würde man aus einem subjektzentrierten Konzept des Lehrerhandelns als Lernbegleitung die Konsequenz ziehen, auf die fachliche Kompetenz der Lehrenden, d.h. ihre Fähigkeit, die Sache Politik fachlich qualifiziert vertreten zu können, komme es nicht an. Gerade das ist die elementare Voraussetzung dafür, um Lerngelegenheiten in offenen Lernsituationen erkennen und dementsprechend reagieren zu können. Dies vorausgesetzt, wird Lehren in der politischen Erwachsenenbildung zunehmend mit solchen Ansprüchen umzugehen haben, wie dem Herstellen, Auswählen und Zusammenstellen von geeigneten Lernmitteln, der Gestaltung von Lernumgebungen, dem Antizipieren, Artikulieren, Methodisieren, in Gang halten und Unterstützen von Lernprozessen, dem Vermitteln von Lern-Know-How sowie dem Diagnostizieren individueller und gesellschaftlicher Lernbedingungen.

Didaktik ist so gesehen die Wissenschaft von klugem, fachlich, sachlich sowie sozial umsichtigem Unterstützen eigenverantwortlicher Lerntätigkeit (Girmes). Es bedarf also solcher Aneignungsformen von Wissen, die als verantwortlich, selbstbewußt und selbstbestimmt bezeichnet werden können, die Lernende bei der Suche nach ihren Lösungen unterstützen, positive Lernerfahrungen vermitteln und durch Zumutung von Verantwortung, in einer Kultur

5 Siehe u. u. Ursula Schneider (Hrsg.): Wissensmanagement. Die Aktivierung des intellektuellen Kapitals, Frankfurt/Main 1996.

6 Renate Girmes: Aufgaben statt Lösungen. Didaktik in der Wissensgesellschaft, in: kursiv, 1999, Heft 4, S. 14 –20.

des Vertrauens Wissenskapital zum individuellen und gesellschaftlichen Nutzen hervorbringen.

Dem gegenüber steht allerdings die noch immer offensichtliche Vorliebe für frontale, belehrende, unverbindlich-informative Veranstaltungsformen, für Referentenlisten etc. Die darauf gegründeten und konzipierten Bildungsprogramme haben folgerichtig dann auch oft den Charakter einer Sammlung von Antworten auf nie gestellte Fragen.

Mit methodischem Puritanismus wird politische Bildung den hohen Ansprüchen an Aktualität und Flexibilität nicht gerecht werden können. Im Gegenteil, die Planungszeiträume für die Entwicklung von Maßnahmen in der politischen Bildung müssen deutlich verkürzt werden. Die Vielzahl thematisch sehr ähnlicher Angebote zu Schwerpunktthemen politischer Bildung muß aufgegeben werden zugunsten einer tatsächlichen Vielfalt, die aus der Kooperation mit benachbarten Arbeitsfeldern in Wissenschaft und Kultur erwächst.

Neben traditionellen Zielgruppen wird die Bedeutung von sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen, Projekt- und Kampagnenarbeit für die politische Bildung wachsen. Die Beförderung von Selbstorganisation und ihre Beteiligung an sich entwickelnden neuen Formen von Selbsthilfe, spontanen Aktionsbündnissen erfordert, eigene Verfahren anzubieten, die dem/der einzelnen eine subjektive Werturteilsbindung ohne die Erwartung oder gar den Zwang zu irgendeiner Form kollektiver Bindung oder Verpflichtung in unterschiedlichen Politikfeldern ermöglicht. Politische Bildung ist hier besonders gefordert, zu jeweils aktuellen und wechselnden Inhalten und Anlässen als moralische Unterstützung empfundene und sachlich brauchbare Angebote zu machen.

### *Tradition und gesellschaftliche Legitimation PDS-naher politischer Bildung*

Die politische Kompetenz ihrer Bürgerschaft ist Voraussetzung jeglicher Demokratie. Demokratische Gesellschaften müssen folglich über Instanzen, Institutionen und Gelegenheiten verfügen, mit denen sie überlegt und nachhaltig auf sich selbst, ihre weitere Entwicklung einwirken. Diese Instanzen müssen allerdings so beschaffen sein, daß sie dies auch leisten können. Demokratie bedarf also eines Bildungssystems mit einer sozialisatorischen und einer utopischen Funktion. Politische Bildung erfährt so eine basale gesellschaftliche Verortung und wird gleichzeitig zum Träger eigener, spezifischer pädagogischer Botschaften.

PDS-nahe Bildungsarbeit ist solchen Werten und Zielen verpflichtet, zu denen sich linke sozialistische Strömungen bzw. Bewegungen in Deutschland bekennen. Sie sieht sich in der hundertfünfzigjährigen Tradition linken politischen Denkens und des Ringens um eine soziale, demokratische und ethische Alternative zum Kapitalismus. In dem Bemühen, den unverzichtbaren demokratischen und emanzipatorischen Grundsatz sozialistischen Denkens und Handelns wiederzubeleben und das Streben nach einer solchen Alternative aus der Sackgasse des gescheiterten Staatssozialismus herauszuführen, ist sie Teil eines sozialistischen

Neubeginns und wirkt im Willen und Geist derjenigen, die sich im Herbst 1989 auf den Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gemacht haben. Das schließt den konsequenten Bruch mit einem durch die »Partei neuen Typus« dogmatisierten und ideologisierten Begriff politischer Bildung sowie den daraus erwachsenden politik-didaktischen Konzepten ein.

PDS-nahe politische Bildung will Ort und Mittel sein, in bzw. mit dem der lebendige, kritische Diskurs über die Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, über herrschende Politikmuster und kulturelle Zwänge stattfindet. In dieser Perspektive begründet sich politische Bildung in der Tradition von »kritischer Gegenmacht« und als »Reservoir für Utopien« zur bestehenden Gesellschaftsordnung und einer vernünftigen Alternative. Sie findet in der Vernunfttradition von Kant u.a. bis heute ihren Platz, indem sie die kritische Aufklärung über »die Sachen bzw. Sachverhalte«, das Aufdecken von Mechanismen, Strukturen und Prozessen, von Ideologien und Mythen befördert.

Im Anspruch, Denk-, Wahrnehmungs- und Deutungsweisen sowie Verhaltensmuster in einem dialogischen Prozeß prägend zu beeinflussen, ist sie eingebunden in die »vierte Gewalt« – demokratische und kommunikative Öffentlichkeit, die Debatte um Gesellschaftskritik sowie die experimentelle Suche nach Antworten und Vorstellungen für ein »Projekt« reflexiver Vernunft in der Entwicklung der Gesellschaft.<sup>7</sup> Politische Bildung will intellektuelles »Handwerkszeug«, Wissen und realistische handlungsorientierte Mittel – wie Streit, Diskussion, Kommunikation, Produktion von Ideen, Evaluation – an die Hand geben, mit denen sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigt und ermutigt, Träger von Demokratie, politischer Öffentlichkeit und Veränderung zu werden.

Die Vermittlung von Kompetenz und Orientierung soll zu Lernprozessen ermutigen, die nach Negt zur Existenzfrage der Demokratie werden. Dazu gehören sechs gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen:

der Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität (Kompetenz der Selbst- und Fremdwahrnehmung);

gesellschaftliche Wirkungen begreifen und Entscheidungsvermögen entwickeln (technologische Kompetenz);

der pflegliche Umgang mit Menschen und Dingen (ökologische Kompetenz);

Erinnerungs- und Utopiefähigkeit (historische Kompetenz);

Sensibilität für Enteignungserfahrungen, Wahrnehmungsfähigkeit für Recht und Unrecht, für Gleichheit und Ungleichheit (Gerechtigkeitskompetenz);

die Kompetenz, Zusammenhänge herzustellen.<sup>8</sup>

Die übergreifenden konstitutiven Momente politischer Bildung sind:

*erstens* der Bezug auf das Individuum. Das Bemühen politischer Bildung ist darauf gerichtet, den einzelnen und die einzelne darin zu unterstützen, in ihm/ihr gemäßer Weise sich in den Umbrüchen und Unübersichtlichkeiten des gesellschaftlich-politischen Lebens zurechtzufinden und die eigenen Interessen und Positionen zu bestimmen und zu vertreten. Politische Bildung ist sozusagen Mittler

7 Benno Hafener: Warum brauchen Jugendliche und Erwachsene heute politische Bildung?, in: kursiv, 1997, Heft 1, S. 24-30.

8 Oskar Negt: Wir brauchen eine zweite, eine gesamtdeutsche Bildungsreform, in: ders. (Hrsg.): Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen 1994, S. 276-290.

zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, dem Staat und seinen Institutionen;

*zweitens* die Pluralität politischer Bildung, die sich in einer Vielfalt der Einrichtungen, Träger, Positionen, Wertekontexte, didaktisch-methodischer Ansätze und Angebotsformen ausdrückt;

*drittens* ihre politische, inhaltliche und didaktisch-methodische Autonomie gegenüber dem Staat und seinen auch fördernden Institutionen;

*viertens* als eine auf Aufklärung, Selbstfindung und Partizipation bezogene Bildung ist sie zugleich handlungsbezogen und inhaltlich sowie sozial parteilich. Sie ergreift Partei in der Sache und auch für jene, die im Prozeß politischer Meinungsbildung und im gesellschaftlichen Diskurs oftmals keine Stimme haben oder nur wenig zur Geltung bringen können.

Die Träger politischer Bildung setzen sich dafür ein, politische Bildung als eigenständigen Bildungsbereich zu erhalten. Dabei wird davon ausgegangen, daß politische Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die überwiegend von freien Trägern wahrgenommen wird und von der öffentlichen Hand in ihrem Bestand gesichert werden muß.

Die Übertragung von westdeutschen Praktiken, Strukturen und Verfahren staatlicher Förderung politischer Bildung auf den Osten, das Nichtberücksichtigen spezifischer, ungleich schlechterer Rahmenbedingungen, die ungenügende institutionelle Grundsicherung einer Vielzahl von Trägern, die der Situation völlig unangepaßten Förderrichtlinien der Landeszentralen für politische Bildung und der völlig unzureichende Mitteleinsatz der Bundeszentrale für politische Bildung hat Ostdeutschland zu einem »Entwicklungsland« auf diesem Gebiet gemacht. Die erforderliche Neukonstruktion des Zusammenhangs zwischen Bildung und Politik sowie der Herausbildung einer entsprechenden Trägerstruktur haben es dementsprechend schwer. Die staatliche Förderpraxis und die völlig unsinnige Ökonomisierungsdebatte politischer Bildung hat Verunsicherungen erzeugt, im Osten politische Bildung eher verhindert als gefördert. Eine moderne Struktur von Trägern der Erwachsenenbildung ist hier nicht entstanden. Statt dessen wurden Etabliertheiten und Privilegien großer altbundesdeutscher Verbände und Träger, allen voran die der politischen Stiftungen, im Osten gesichert. Die staatliche Förderpraxis ist zu einem Hindernis für die Herausbildung einer neuen politischen Kultur im Lande geworden. Erforderlich ist eine grundlegende Reform der gesamten Förderprogramme und Instrumentarien politischer Bildung. Gescheitert ist damit auch der Versuch, politische Bildung im Osten auf westdeutsche Sozialisationsverfahren und den entsprechenden Konfliktlinien der Vergangenheit zu gründen. Vor allem die nach 1990 mit großem Aufwand betriebene DDR-Vergangenheitsbewältigung hat die objektive Ost-West-Asymmetrie verstärkt und im Osten zu einer wachsenden Entfremdung zwischen öffentlicher Geschichtsdebatte und individueller Erinnerung und Erfahrung der Epoche geführt. Die getrennte Vergangenheit sollte demgegenüber als gemeinsame, gegenseitig beeinflusste, von gleichen Herausforderungen geprägte Geschichte gesehen werden, nicht zuletzt deshalb, weil ein faires

und differenziertes Geschichtsbild Voraussetzung für die Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes ist.

*PDS-nahe politische Bildung versteht sich als Teil der Erwachsenenbildung*

Der Zustand der politischen Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik ist schlecht, das Interesse rückläufig, das Image stark angekratzt. Nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Mehrheit der Erwachsenen in Deutschland kein Interesse an politischer Bildung, das sind 68 Prozent im Westen und 63 Prozent im Osten. Allgemeine Merkmale der Situation sind: Viele Veranstaltungen fallen aus, was stattfindet, sind in der Regel Kurzzeitveranstaltungen bzw. Einzelveranstaltungen, die nicht länger als 90 Minuten dauern. Formen wie Vorträge und Podiumsdiskussionen mit prominenten Persönlichkeiten überwiegen. Seminare oder Mehrtageskurse haben es dagegen schwer. Dazu muß sich politische Bildung auf dem Markt behaupten, d.h. sie muß nachfrageorientiert sein, flexibel und schnell auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren können (Aktualitätsdruck) und in der Lage sein, aktuelle Strömungen und Gegenwartsdiagnosen aufzuspüren, aufzugreifen, zu reflektieren, pädagogisch aufzubereiten und umzusetzen. Sie läuft deshalb permanent Gefahr, modisch, beliebig, strömungsangepaßt, oberflächlich, unseriös, pädagogisch kurzatmig und wissenschaftlich wenig abgesichert zu agieren.

Eine Ableitungsdidaktik aus vermeintlich unumstößlichen Wissensbeständen oder fest verankerten Wertungen ist für uns folglich gegenwärtig nicht denkbar. Das heißt, das Wissen um die potentiellen Teilnehmerinnen, die Arbeit mit der Klientel und die interne trägerspezifische Problemsicht sind von großem Gewicht. Als Veranstaltung steht politische Bildung in der Konkurrenz um die Zeit der Menschen in Beruf und Freizeit. Hier wird sie perspektivisch klarer definieren müssen, in welchem Zeitsegment sie sich ansiedeln möchte und darauf ihre Angebote zuspitzen: d.h. sich offen und ehrlich fragen, welche Probleme haben Menschen, die angesprochen werden sollen, und welche Hilfen können zur Lösung dieser Probleme angeboten werden? Warum sollte jemand eine bestimmte Veranstaltung besuchen, warum sollte er oder sie dafür Zeit und Geld aufwenden? Welchen Service können wir bieten, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unsere Veranstaltungen so angenehm wie möglich zu machen? Und vor allem: Welcher Nutzen entsteht für die Adressaten, wenn sie unsere Veranstaltungen besuchen, was können sie mit dem anfangen, was politische Bildung zu bieten hat?